Helfer der Kapitalisten

Sozialdemokraten verbieten Streikposten stehen / Der Sozialdemokrat Baulnecht beschlagnahmt die Streikpostenkarte des Verkehrsbundes

Köln, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Baulnecht hat ein Motorboot des Deutschen Verkehrsbundes, das die Aufgabe hatte, das Personal der noch auf dem Rhein verkehrenden Schiffe auf den Streik aufmerksam zu machen, durch Polizeiorgane beschlagnahmen lassen.

•

Gestern erst waren wir in der Lage die Mitteilung zu machen, daß die holländischen Schiffer ihre Solidarität mit den deutschen Kollegen erklärt haben. Der Streik wird dadurch verschärft, der Erfolg für die Arbeiter sicherer. Da zeigt sich gleich wieder die Rolle der Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Polizeipräsident beschlagnahmt die Streikpostenboote. Er leistet damit den Reedern einen Dienst, schwächt die Kampfkraft der Arbeiter. Wie bei den Abwürgungsmethoden gegen die Metallarbeiter Sachsens, zeigen sich auch hier die Sozialdemokraten als treue Diener der Kapitalisten. Hier aber zeigte Baulnecht, gezwungen durch die Lage, durch die internationale Unterstützung deutlicher das Gesicht sozialdemokratischer Beamten der Hindenburg-Republik.

Arbeiter! Wollt ihr diese Streikbrechergenerale wählen?

Ein Sozialdemokrat schickt Ueberfallkommandos gegen streikende Arbeiter

Duisburg, 16. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Gegen die gestern tagende Vollversammlung der streikenden Hafenarbeiter hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Meier mehrere Ueberfallkommandos aufgeboten, um die Hafenarbeiter an einer Demonstration zu hindern.

Die SPD stiehlt den revolutionären Arbeitern eine Zeitung

Der sozialdemokratische Landrat vollführt den Raub mit Hilfe der Landespolizei

Suhl, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die öffentliche Wahlversammlung der KPD, die am Montag hier stattfand, gestaltete sich zu einem durchschlagenden Erfolg der Partei. Nicht allein der starke Besuch der Partei, sondern auch der einmütige Beifall, mit dem die Ausführungen unserer Redner aufgenommen wurden, zeigt, daß die Suhler Arbeiterschaft sich wieder zur Partei zurückgefunden hat. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich für die Rückkehr in die Partei aussprach und die sich scharf gegen die Hetze der Ultralinken gegen den Kommunismus und die Sowjetunion, den Weg der Ultralinken zum Menschewismus und zur Zweiten Internationale wandte und auf das **schärfste** gegen den **Versuch protestierte, den Suhler Volkswillen an die SPD auszuliefern.** An der Abstimmung nahmen auch mehrere bekannte Anhänger der Opposition teil, die vor kurzem noch gegen die KPD kämpften. Die Entrüstung der Arbeiterschaft über die Anbahnung zum Eintritt in die SPD, wie es die letzten Artikel im Suhler Volkswillen und in der sozialdemokratischen Erfurter Tribüne beweisen, ist ungeheuer groß.

Der Suhler Volkswille wurde heute von Landespolizei besetzt, da die Renegaten der Geschäftsführung befürchteten, daß die Suhler Arbeiter das Gebäude stürmen. Das Blatt ist heute zum ersten Male ohne die Bezeichnung „Organ des Leninbundes" erschienen und macht offen für die Wahl der SPD Propaganda. Der Geschäftsführer Guido Henm hat mit dem sozialdemokratischen Landrat von Schleusingen ein Abkommen getroffen über die Art und Weise der Uebergabe des Blattes an die SPD.

Der Berliner Abend wagt die Tatsache seinen Lesern noch nicht mitzuteilen.

Verschleierung des Justizmordes mit Hilfe eines Sozialdemokraten

Nachdem der sozialdemokratische Ministerpräsident Freiherr von Reidlitz von Mecklenburg-Strelitz die weitere Erledigung des Justizmordes Jakubowski dem Reichsjustizministerium übergeben hat, um den reaktionären Oberstaatsanwalt Dr. Müller zu decken, fand gestern vormittags eine Konferenz zwischen den Vertretern der Regierung von Mecklenburg-Strelitz, dem Ministerialrat Pagel und dem Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Joel, statt. Die endgültige Entscheidung hat der Reichsjustizminister Dr. Hergt selbst übernommen. Die Erledigung des Justizskandals liegt also in „bewährten" Händen

---

Luxemburg und Lenin. Wir wollen Kautsky zitieren, der von keinem sozialdemokratischen Arbeiter als Autorität abgelehnt werden kann. Er schrieb in einem Aufsatz in der Neuen Zeit (1904) über **„Republik und Sozialdemokratie in Frankreich"** gegen die Koalitionspolitik von Millerand und Jaurès:

„In jeder Republik spitzen sich die modernen Klassengegensätze schärfer zu als in der Monarchie, da sich in jener die Klassen unmittelbarer entgegentreten. Am schroffsten müssen sie sich aber in einer Republik mit monarchistischen Herrschaftsmitteln (Reichswehr, Feme, weiße Justiz usw., P. F.) äußern, da hier zur republikanischen Unvermitteltheit der Klassengegensätze noch ihre Verschärfung durch der Monarchie entsprechende Ungleichheiten und Unterdrückungen hinzukommt, was einen steten Drang nach politischen Umwälzungen erzeugt, der der reinen Demokratie fehlt . . .

Die Opportunisten gaben ihr radikales Programm den Massen gegenüber nicht auf, wußten aber seine Verleugnung in seine Vollendung umzureden. Durch die Macht der Rede **schwarz in weiß** zu verwandeln, ist eine Grundbedingung der politischen Existenz des Opportunismus ebenso wie der „Kooperation der Klassen".

Dem reaktionären Prinzip wird die demokratische Etikette **aufgeklebt und** — die Demokratie hat über die Reaktion gesiegt! Eine Methode, die sicherlich an Friedlichkeit und Sicherheit mit keiner anderen vergleichbar ist. Man kann nur noch Siege erfechten, wenn man bereit ist, **jede Niederlage einen Sieg zu nennen** . . .

Die Sozialisten mußten nachweisen . . ., daß die proletarische Republik eine andere sei als die bürgerliche, . . . **daß die Sozialdemokratie** es weit von sich weise, . . . eine Allianz **mit den bürgerlichen Republikanern zu Mitschuldigen an allem zu machen, was diese verbrechen und versäumen."**

Versteht nun Herr Löbe, wo der Unterschied zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Parlamentspolitik liegt, warum wir diesen bürgerlichen Staat verneinen, warum wir alles einsetzen, um die Arbeiterklasse gegen diesen Staat in den Kampf zu führen? Er hätte es wissen müssen, er brauchte nur nicht zu vergessen, was die Grundsätze der Partei August Bebels waren. Wie er hat auch Kautsky und haben alle die Hilferdinge vergessen, was sie gewußt und gelehrt haben. Aber gerade die Politik der heutigen Sozialdemokratie — ob sie in der Regierung sitzt oder nicht — hat die Feststellungen von Bebel und Kautsky aus jener Zeit tausendmal erhärtet. **Die Sozialdemokratie ist für den bürgerlichen Staat,** sie verteidigt ihn gegen die Arbeiterklasse, sie kann deshalb im Interesse der Bourgeoisie gelegentlich für eine Konzession an die Arbeiterklasse eintreten, **aber in der Gesamtheit ihrer Politik richtet sie sich gegen die Arbeiterklasse. Die kommunistische Politik ist Arbeiterpolitik, weil die Kommunisten den bürgerlichen Staat vernichten wollen, um an seine Stelle die Diktatur des Proletariats zu setzen, die allein die klassenlose Gesellschaft herbeiführt.**

Ausschluß kommunistischer Funktionäre aus dem Buchbinderverband

Die Ortsverwaltung Dresden des Buchbinderverbandes hat einstimmig beschlossen, beim Verbandsvorstand den

Ausschluß der Genossin Else Zimmer und des Genossen Adolf Fracke

zu beantragen. Die gestern tagende, schlechtbesuchte Vertrauensmännersitzung stimmte diesem Beschluß gegen 8 Stimmen (bei etwa 20 Stimmenthaltungen) zu. Dafür stimmten etwa 17 Funktionäre. Aussprache über diesen Antrag ließ der Versammlungsleiter Mitschke nicht zu.

„Der neue Staat . . . unser Staat!"

Einige augenfällige Segnungen der Koalitionspolitik

„Der neue Staat, den wir gezimmert haben, ist unser Staat." Grzesinski in Magdeburg.

Gehalt des SPD-Ministerpräsidenten Braun	40 000	Mark
dazu Aufwandsentschädigung	8 000	„
dazu Wohnungszuschuß	2 100	„
	50 100	Mark
Gehalt des Innenministers Grzesinski	36 000	Mark
dazu Aufwandsentschädigung	8 000	„
dazu Wohnungszuschuß	2 100	„
	46 100	Mark
Gehalt des SPD-Oberpräsidenten Noske	20 000	Mark
dazu Wohnungszuschuß	2 100	„
	22 100	Mark
Gehalt eines SPD-Regierungspräsidenten Bergemann, Düsseldorf, Grützner, Halle-Merseburg	17 000	Mark
dazu Wohnungszuschuß	1 600	„
	16 680	Mark

Glaubt, ihr sozialdemokratischen Arbeiter, daß diese sozialdemokratischen Staatsfunktionäre bei solchen Riesengehältern noch ein Interesse am Sozialismus haben? Wundert ihr euch, daß sie durch dick und dünn mit der Bourgeoisie gehen, deren Klassenherrschaft sie als Polizeiminister und Polizeipräsidenten schützen, die Streiks abwürgen, am Schiebungsbetrug mithelfen und sogar nicht einmal vor der Verteidigung der nationalistischen Fememorde in Oberschlesien zurückschrecken?

Für diese Herren ist mit dem Hineinwachsen in den kapitalistischen Staatsapparat „die soziale Frage gelöst"!

Arbeiter, betrachtet eure Löhne und vergleicht sie mit jenen Riesengehältern! Fragt euch, ob wirklich die Interessen jener Riesengehaltsempfänger und Polizeisozialisten die gleichen sein können wie die euren?

Wer gegen die sozialverräterische Koalitionspolitik und Korruption ist, der kann allein für die Liste 5 der KPD stimmen!

Bürgerkriegsvorbereitungen sind erlaubt

Leipzig, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Braunprozeß wurde gestern der Geschäftsführer des Tannenberg-Bundes München, Oberst a. D. Krause, vernommen. Es kam reichhaltiges Material für die Münchner Bürgerkriegsvorbereitungen des Tannenberg-Bundes zutage. Krause gab zu, daß der Bund Gelände- und Patrouillenübungen und auch Nachtübungen abgehalten. Auf Vorhaltungen des Angeklagten Semmelmann mußte Krause zugeben, daß der Bund regelmäßig Kleinkaliberschießen auf einem bekannten Reichswehrschießplatz bei München veranstaltete. Dazu sind zu Kleinkalibern umgearbeitete Gewehre und Karabiner Modell 98, die, wie der Zeuge bekundet, eine Reichweite von 300 Metern hatten, verwendet worden, ein Beweis dafür, daß diese Schießübungen für die Vorbereitung zum Straßenkampf und Bürgerkrieg stattfinden.

Krause führte unwidersprochen vor dem Reichsgericht aus, daß er das Recht habe, militärische Uebungen dieser Art zu veranstalten, und dieses Recht lasse er sich von niemand nehmen. Weder Lorenz noch der Vertreter der Reichsanwaltschaft widersprach den Ausführungen des Führers des Tannenberg-Bundes. Auf die Tendenz der Geländeübungen käme es an, erklärte der völkische Putschist. Das ist auch die Auffassung des Reichsgerichts, das gegen die militärischen Uebungen der faschistischen Verbände, die sich gegen die Arbeiterschaft richten, nichts einzuwenden hat, das aber Kommunisten, die ohne Waffen Geländespiele machen, wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt.

Reichsbannerbanditentum

Hörsings Garden überfallen Arbeiter

Die aus einer SPD-Wahlkundgebung in Neukölln kommenden Rollkommandos des Reichsbanners haben gestern abend planmäßig einen Angriff auf die Propagandasäule der KPD am Hermannsplatz und deren Schutzmannschaft unternommen. Mit Ziegelsteinen, Gummiknüppeln, Schlagringen, Koppeln und anderen Schlagwaffen drangen sie auf die Kameraden des RFB ein und versuchten, die Propagandasäule umzustürzen. Trotz ihrer großen Ueberzahl ist es ihnen nicht gelungen. Verschiedene Verwundete, darunter schwerverletzte RFB-Kameraden, waren das Ergebnis dieses sozialfaschistischen Vorstoßes.

Als die Reihen der RFB-Kameraden durch das Eingreifen von Arbeitern und hinzueilenden neuen RFB-Kameraden verstärkt wurden, ergriffen die Reichsbannerleute die Flucht.

Auch in Württemberg marschiert die Rote Front

Stuttgart, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand eine gewaltige Wahlkundgebung der Partei statt. Der Genosse Thalmann wurde bereits am Bahnhof von Tausenden von Arbeitern begrüßt, die ihn in einem gewaltigen Demonstrationszug nach dem Schindelacker geleiteten. Der Saal des Schindelacker war bereits so stark belegt, **daß Tausende von Arbeitern keinen Einlaß mehr finden konnten.** Den Ausführungen des Genossen Thalmann wurde starker Beifall zu teil.

Verherrlicher des Faschismus

Nach Albert Thomas — auch Josef Wirth

Berlin, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach dem Sozialdemokraten Albert Thomas verherrlicht nun auch der „republikanische Vorkämpfer" der SPD-Führer, der Zentrumsmann Josef Wirth in der Zeitschrift „Deutsche Republik" vom 1. Mai seinerseits den Faschismus, indem er u. a. über seine Italienreise schreibt und dabei folgendes Bekenntnis zum Faschismus ablegt:

„Man kommt also nach Hause, erfüllt vom brennenden Wunsch, daß, entsprechend dem Beispiel der großen französischen Demokratie und des staatspolitischen Willens, der — man kann zum Faschismus stehen wie man will — bei den Machthabern des heutigen Italien anerkannt werden muß, sich auch auf deutschem Boden echter politischer Schwung offenbare, der aus dem Geist geboren, den Menschen zum Staate und staatspolitischem Denken zu führen."

Sie finden sich mit der Zeit alle zusammen in der Verherrlichung Mussolinis — die prominenten Führer der Sozialdemokratie mit den Vertretern der Weimarer Koalition. Nur die wenigsten sprechen jedoch ihre Meinung offen aus, während die große Zahl der Sozialfaschisten im Lager der SPD die Zeit noch nicht für gegeben hält, die Brücken hinter sich ganz abzubrechen.

Wetterdienst für 17. Mai. Vielfach lebhafte Winde aus Nord bis West. Etwas Temperaturrückgang. Meist trüb. Zeitweise Niederschläge.